



Brief aus Berlin

Ausgabe 01, 27. Januar 2012

Dr. Franz Josef Jung MdB

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Groß-Gerau



LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER!

Voller Optimismus in das Jahr 2012 starten!

Das vergangene Jahr war insbesondere für den deutschen Arbeitsmarkt ein erfolgreiches Jahr! Mit der niedrigsten Erwerbslosenquote seit 20 Jahren und einem Rekord bei der Beschäftigungszahl von über 41 Millionen Erwerbstätigen sind wir auf dem richtigen Weg!

Im Jahr 2012 stehen zukunftsweisende Entscheidungen an. Die Stabilisierung des Euro wird auch in diesem Jahr ein Schwerpunktthema sein. Schon in den ersten beiden Sitzungswochen des Deutschen Bundestages im Jahr 2012 haben wir Beschlüsse zur Finanzmarktstabilisierung gefasst (siehe unten).

Wie gewohnt, möchte ich Sie mit meinem „Brief aus Berlin“ auch in diesem Jahr über aktuelle Ereignisse und Entscheidungen im Deutschen Bundestag informieren. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und vor allem viel Kraft, Gesundheit und Erfolg im Jahr 2012!

Ihr Dr. Franz Josef Jung

Untersuchungsausschuss zu rechtsextremer Terrorgruppe eingesetzt

Der Deutsche Bundestag wird alles tun, um seinen Beitrag zu einer gründlichen, schnellen und effektiven Aufklärung der Aktivitäten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ zu leisten. Hierfür haben die Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Der Untersuchungsausschuss wird aus elf ordentlichen Mitgliedern bestehen, die sich zunächst ein Gesamtbild zur Terrorgruppe verschaffen sollen. Die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten wird die Arbeit des Untersuchungsausschusses beschleunigen. Auf der Grundlage der Erkenntnisse soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus aussprechen. Schlussfolgerungen, die aus der Aufarbeitung für die Struktur und Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, ihre Zusammenarbeit und ihre Befugnisse zu ziehen sind, wollen wir zügig umsetzen.

Neben dem Untersuchungsausschuss werden Bund und Länder in einer gemeinsamen, paritätisch besetzten Kommission von vier Experten die Aufklärung der Sachverhalte vorantreiben und Schlussfolgerungen erarbeiten. Der Untersuchungsausschuss und die Bund-Länder-Kommission sind aufgerufen, sich zu ergänzen und sinnvoll zu kooperieren, damit zügig Ergebnisse erzielt werden. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass unsere Sicherheits- und Ermittlungsbehörden den Rechtsterrorismus wirksam bekämpfen und die unfassbare Mordserie restlos aufgeklärt wird.

IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P. für diesen Newsletter:

Dr. Franz Josef Jung MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-75447

Fax: 030 / 227-76447

e-mail: franz-josef.jung@bundestag.de

Luftverkehrsgesetz geändert

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten 14. Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes wurde die EU-Richtlinie über Flughafenentgelte umgesetzt und eine weitergehende Regelung des Verfahrens zur Genehmigung von Flughafenentgelten festgeschrieben. In der Entgeltordnung von Verkehrsflughäfen ist zwingend eine Differenzierung nach Lärmschutzgesichtspunkten vorzunehmen; darüber hinaus soll bei Verkehrsflughäfen eine Differenzierung nach Schadstoffemissionen erfolgen.

Der Abzug aus Afghanistan beginnt

In der vergangenen Woche haben wir über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) entscheiden. Die Mandatsobergrenze wurde von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt damit konkrete Form an: Nach zehn Jahren werden wir erstmals die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die dort einen tapferen Einsatz leisten, verringern. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu verantworten ist. Ein zentrales Kriterium ist die Fähigkeit der Afghanen, die Lage in ihrem Land selber kontrollieren zu können. Dabei bleibt der Aufbau von staatlichen Strukturen insbesondere im Sicherheitssektor eine vordringliche Aufgabe. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, den Übergabeprozess erfolgreich umzusetzen.

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung im Plenarsaal haben wir den Opfern des Nationalsozialismus gedacht. Professor Dr. Marcel Reich-Ranicki hat anlässlich des nationalen Gedenktages eine bemerkenswerte Rede gehalten, die Sie auf den Internetseiten des Bundestages sehen können. Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, hatten Truppen der Roten Armee das deutsche Konzentrationslager Auschwitz westlich von Krakau befreit. Seit 1996 ist der 27. Januar ein nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

2. Finanzmarktstabilisierungsgesetz auf den Weg gebracht

Der im Jahr 2012 stark ansteigende Refinanzierungsbedarf mehrerer Mitgliedstaaten, die nachlassende konjunkturelle Entwicklung sowie die verschärften Eigenkapitalanforderungen an die Banken erhöhen erneut das Risiko von Zuspitzungen an den Finanzmärkten. Mit dem zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz nehmen wir unseren Teil der europäischen Verantwortung wahr und liefern unseren deutschen Beitrag zur Vermeidung von Ansteckungseffekten in der Währungsunion. Um rechtzeitig vorzubeugen, haben wir in der letzten Woche eine bis Ende 2012 befristete Wiedereröffnung des bewährten Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS bzw. Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – SoFFin) verabschiedet. In der parlamentarischen Anhörung zu dem Gesetz haben die geladenen Experten die Reaktivierung des SoFFin durchweg begrüßt. Sollte aufgrund unerwarteter struktureller Ausgaben des SoFFin die nach der Schuldenbremse zulässige maximale Kreditaufnahme überschritten werden, so hätte der Deutsche Bundestag einen Plan zur direkten Tilgung der erhöhten Bundesschuld zu beschließen.